likum hätte sich lediglich gewünscht, dass noch häufiger der Fokus über die Eidgenossenschaft hinaus auch auf andere Länder und politische Systeme gerichtet worden wäre. Dies kann den Mehrwert des Buches jedoch kaum schmälern. Es bietet sich vielmehr an, diese Transferleistung durch den Einsatz in der Lehre selbst zu erbringen.

Matthias Fatke

Reinhardt, Max: *Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktliberalismus.* Baden-Baden. Nomos 2014. 178 Seiten. 18,00 €.

Die SPD befindet sich in einem fortwährenden Zustand der Krise. Wurde sie traditionell als Garant für soziale Gerechtigkeit angesehen, hat die Partei mittlerweile deutlich an sozialpolitischer Attraktivität und Bindungskraft verloren. Mit Ergebnissen bei Bundestagswahlen von 23% (2009) und 25,7% (2013) kann die SPD kaum noch als Volkspartei klassifiziert werden.

Max Reinhardt analysiert die Entwicklung der SPD anhand ihrer Strömungen, Unterströmungen und ideologisch organisierter Lager. Seine Hypothese lautet, „dass die heutige SPD insbesondere nach ihrem Regierungsantritt im Jahre 1998 nicht nur Wählerverluste hinnehmen musste, sondern das Ergebnis eines Wandels in Folge von innerparteilichen Machtkämpfen und oftmals autoritär geführten Ausgrenzungshandlungen“ (10) sei.

Entstanden ist diese Arbeit als Auszug der von *Reinhardt* verfassten Dissertation über den Aufstieg und Niedergang der SPD als Volkspartei. Mit der Bundestagswahl 2009 und dem SPD-Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag im Jahr 2013 wurde der Text fortgeschrieben und aktualisiert. Warum der Autor von seinem ursprünglichen über 600 Seiten umfassenden Werk einen Teil als separates Buch veröffentlicht, bleibt unklar. Der Text basiert auf einem breiten Quellenfundament, allerdings erschweren ausführliche Biographien von SPD-Spitzenpolitikern im Fußnotenteil oftmals den Lesefluss.

Der vorliegende Band ist weder theoretisch informiert, noch erfährt man etwas über das methodische Forschungsdesign. Dennoch werden die langen Entwicklungslinien der SPD, die anhand des Einflusses einzelner Parteiflügel und bestimmter Strömungsaktivitäten nachgezeichnet werden, sehr deutlich. *Reinhardt* stellt eingangs fest: „Die SPD ist eine Flügelpartei […]“ (25). Und diese Flügel – der Autor spricht von „Faktionen“ – haben im Verlauf der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte unterschiedlich starken Einfluss auf gesellschafts- und ordnungspolitische Konzepte gehabt. Die „Machtsymmetrie“ der Flügel stellt den „Idealfall“ (27) dar, doch die SPD hat sich Stück für Stück von dieser Konstellation entfernt. Mitte der 70er Jahre war die SPD unter Bundeskanzler Willy Brandt eine starke linke Volkspartei; Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen belegen dies. In den folgenden Jahrzehnten gewannen wirtschaftsliberale Positionen an Einfluss bis die Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010 verabschiedete. Die derzeitige „Vertrauenskrise der SPD“ emaniert daher, „dass einige SPD-Politiker gegen die Mehrheit der Sozialdemokraten erfolgreich wirtschaftsliberale Positionen vertreten und dafür gekämpft haben,

https://doi.org/10.5771/0032-3470-2015-2-372
Generiert durch IP '3.147.43.246', am 12.10.2024, 06:58:06.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der Kapitalseite im Konflikt Kapital-Arbeit zum Teil weitreichende Zugeständnisse einzuräumen“ (16).

In den 70er Jahren herrschte kurzzeitig eine Balance zwischen den Flügeln; ein Zustand, den *Reinhardt* „Faktionskorporatismus“ nennt. Der Mannheimer Parteitag von 1975 trug dazu bei, Gegensätze abzubauen und „führte zu einem echten Kompromiss, der integrierend wirkte“ (60). Die Kanzlerschaft Helmut Schmidts ging einher mit einer Stärkung der Parteirechten und einer schärferen Abgrenzung zu den Linken. „Die Folge war ein kontinuierlicher Bedeutungsverlust der Jusos“ (63). In diesem Klima entstand die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion, deren Gründungsmythos im NATO-Doppelbeschluss lag.

Das „Berliner Programm“ vom Dezember 1989 trug die klare Handschrift der Parteilinken, doch die Ereignisse jener Zeit überrollten die ideologischen Kursbestimmungen der SPD. „Die Tragödie dieses Programms war aber, dass die samtene Revolution in der DDR es als veraltet erschienen ließ und viele Sozialdemokraten nicht mehr interessierte“ (76). Auf dem Weg zur deutschen Einheit geriet die SPD-Linke jedoch in die Defensive, da sie im Urteil vieler Wähler in Ostdeutschland mit sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen zu wenig Rücksicht auf vereinigungsbedingte persönliche Härten genommen hatte.

Nach dem Wahlsieg im Herbst 1998 erhielt der rechte Flügel in der Partei Auftrieb. Das „Netzwerk Berlin“ entstand, „bestehend aus jungen, sich in ihrem Lebensstil als modern verstehenden liberal-konservativen Sozialdemokraten“ (92). Ihren intellektuellen Führungsanspruch unterstrichen sie mit der Gründung der Zeitschrift „Berliner Republik“. Hier fand eine Entwicklung ihren sichtbaren Ausdruck, deren Anfang bis in die frühen 90er Jahre zurückreicht: Die SPD-Rechte hatte kontinuierlich an Einfluss gewonnen, und die Partei war „im Wesentlichen zu einer ‚Netzwerkpartei‘“ (122) geworden. Mit diesem Befund verwendet der Autor einen Begriff des ehemaligen SPD-Bundesgeschäftsführers, Matthias Machnig, aus dem Jahr 2001. Danach fallen Entscheidungen in kleinen Zirkeln von Spitzenpolitikern und eine breite innerparteiliche Diskussion wird „durch elitäre Netzwerkentscheidungen ersetzt“ (122).

In der Darstellung der Zeit nach 1998 treten die Parteiflügel und ihr innerparteilicher Einfluss in den Hintergrund. Im Zentrum dieses Abschnitts stehen vor allem die Regierungs- und Oppositionsarbeit der SPD. Im Jahr 2009 wurde Frank-Walter Steinmeier der Kanzlerkandidat der SPD, mithin „der Kandidat der Agenda 2010-SPD, die er als früherer Kanzleramtsminister maßgeblich zu verantworten hatte“ (135). Auch Mit Peer Steinbrück vier Jahre später blieb die SPD „die Agenda 2010-Partei […], ohne dass es zuvor eine ernsthafte innerparteiliche Debatte gegeben hatte“ (146).

Deutlich arbeitet *Max Reinhardt* heraus, wie stark die SPD bis heute in dem langen Schatten der Agenda 2010 steht. Dies wird deutlich in einer „Kontinuitätslinie der Basta-Politik von Schröder“ (148), die bis zu Steinbrücks Vorwurf reicht, die SPD sei eine Partei der „Heulsusen“. In der Partei besteht ein bis heute ungelöster Grundkonflikt: Die SPD-Linke tritt als ein „Mitte-Links-Bündnis“ in Erscheinung, „[g]leichzeitig ist die SPD-Rechte deutlich nach rechts gerückt und vertritt heute neoliberale Positionen“ (149). In den

https://doi.org/10.5771/0032-3470-2015-2-372
Generiert durch IP '3.147.43.246', am 12.10.2024, 06:58:06.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

programmatischen Zwischenraum ist die Partei DIE LINKE gestoßen, die sich zu einem beachtlichen Teil aus ehemals klassischen linken Stammwählern und linken SPD-Milieus rekrutiert. Am Schluss formuliert *Reinhardt* einige Strategieempfehlungen zur Modernisierung und zur Rückgewinnung eines linken Profils der SPD. In einem rot-rot-grünen Bündnis sieht er „eine ernstzunehmende Alternative" (150). Die Parteiflügel spielen hierbei eine wichtige Rolle, denn sie müssten „diesen neuen Crossoverkurs" (151) unterstützen. Dieser Abschnitt, der recht kurz ausfällt, wirkt unverbunden und scheint nicht zu dem übrigen Text zu passen. Trotz dieser kleinen Einschränkung ist *Max Reinhardt* ein gut lesbares Buch gelungen, das geschichtliche Entwicklungen und die Dynamiken einzelner Strömungen innerhalb der SPD gleichermaßen beleuchtet.

Helge Jani

Klein, Josef: *Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze.* Berlin. Frank & Timme 2014. 388 Seiten. 39,80 €.

Josef Klein hat ein Buch publiziert, das 15 seiner Aufsätze mit politolinguistischer Thematik vereint. Der Leser erhält damit einen Band, der für sich in Anspruch nehmen darf mindestens zwei Vorteile zu vereinen: Erstens vermittelt er – wie sein Titel verspricht – Grundlagenwissen über ein linguistisches Teilgebiet, für das sich seit den späten 90er Jahren der Name „Politolinguistik" eingebürgert hat. Und zweitens wird mit diesem Buch der Zugang zu wichtigen Aufsätzen des Autors erleichtert, die in einer Zeitspanne von 25 Jahren in verschiedenen Sammelbänden und Zeitschriften erschienen sind und deshalb teilweise allenfalls noch antiquarisch zu überhöhten Preisen verfügbar sein dürften.

Dass Sprache Bedingung der Möglichkeit von Politik ist, zählt inzwischen zum Allgemeingut. Politolinguistik bezeichnet jenes Teilgebiet der Linguistik, dessen Ziel darin besteht, die sprachlichen Anteile der politischen Kommunikation zu analysieren. Es handelt sich also um „Sprache-in-der-Politik-Forschung", die sich im Paradigma der deskriptiven Linguistik verortet. „Linguistik" bedeutet in diesem Zusammenhang, dass es nicht um eine politische oder politikwissenschaftliche, sondern eben um eine methodisch abgesicherte sprachwissenschaftliche Beschreibung und Erklärung der beobachteten Phänomene geht. Und „deskriptiv" bekräftigt den Anspruch, die Beschreibung und Erklärung nicht durch wertende Stellungnahmen zu belasten, die etwa aus – notwendigerweise subjektiven – eigenen politischen Präferenzen resultieren.

Die Anordnung der Beiträge folgt einem in der Linguistik verbreiteten Schema, das von kleineren zu größeren Einheiten fortschreitet. Nach einem einführenden Kapitel, in dem der Wettbewerb um Macht im Zentrum steht, folgen die Kapitel „Wörter", „Sätze", „Texte/Reden", die jeweils zwei Aufsätze umfassen. Da allerdings eine Analyse, die allein aus dem Blickwinkel solcher linguistisch gefasster Kategorien argumentiert, nicht das komplexe Sprachhandeln politischer Kommunikation in den Blick bekommt, folgen weitere Kapitel, in denen „Verbale Interaktionsformen" und „Multitextuelle Komplexe" im Fokus stehen. Mit Interaktionsformen sind die für die politische Kommunikation

https://doi.org/10.5771/0032-3470-2015-2-372
Generiert durch IP '3.147.43.246', am 12.10.2024, 06:58:06.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.